Satzung der Investitionsbank Schleswig-Holstein


I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1
Rechtsform, Name, Sitz, Siegelführung


(2) Die Investitionsbank Schleswig-Holstein kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben dezentrale Einrichtungen betreiben.

§ 2
Stammkapital, Zweckvermögen

(1) Das Stammkapital der Investitionsbank Schleswig-Holstein beträgt 100 Millionen Euro und steht im Eigentum des Landes Schleswig-Holstein.

(2) Bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein bestehen das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung und das Zweckvermögen Investitionsbank. Die Bindungen des Zweckvermögens und die Mittelverwendung ergeben sich aus § 10 des Investitionsbankgesetzes.

§ 3
Grundsätze der Geschäftsführung


(2) Der Vorstand hat die Investitionsbank Schleswig-Holstein so zu führen, dass die Aufwendungen aus der Geschäftstätigkeit der Investitionsbank Schleswig-Holstein insgesamt gedeckt sind, so dass die Zweckvermögen gemäß § 2 Abs. 2 erhalten bleiben.

(3) Eine Übertragung oder Änderung von Aufgaben nach § 7 darf nur erfolgen, wenn die Deckung der Aufwendungen im Sinne von Absatz 2 gewährleis tet ist.

(4) Die Investitionsbank Schleswig-Holstein beachtet bei der Durchführung ihrer Aufgaben das Diskriminierungsverbot gemäß den Vorschriften der Europäischen Union.

(5) Dem Landtag ist der Geschäftsbericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein vorzulegen. In diesem Zusammenhang ist über die Förderbereiche sowie die wirtschaftliche und personelle Entwicklung zu berichten.

§ 4
Anstaltslast, Gewährträgerhaftung, Refinanzierungsgarantie


(2) Das Land Schleswig-Holstein haftet für die Verbindlichkeiten der Investitionsbank Schleswig-Holstein unbeschränkt. Gläubiger können das Land erst in Anspruch nehmen, wenn sie aus dem Vermögen der Investitionsbank Schleswig-Holstein nicht befriedigt worden sind.

(3) Das Land Schleswig-Holstein haftet für die von der Investitionsbank Schleswig-Holstein aufgenommene Darlehen und andere Kredite an die Investitionsbank Schleswig-Holstein sowie für Kredite an Dritte, soweit sie von der Investitionsbank Schleswig-Holstein ausdrücklich gewährleistet werden.

II. Aufgaben, Durchführung der Aufgaben, Beauftragung

§ 5
Aufgaben

(2) Im Einzelnen unterstützt die Investitionsbank Schleswig-Holstein das Land und andere Träger der öffentlichen Verwaltung in folgenden Bereichen:

1. Durchführung und Verwaltung öffentlicher Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfevorschriften der Europäischen Union in den folgenden Förderbereichen:
   a) Wohnraumförderung
   b) Förderung städtetabularer Planung, Erneuerung und Entwicklung
   c) Mittelstandsförderung
d) Förderung im Rahmen von Risikokapital
e) Technologie- und Innovationsförderung
f) Infrastrukturförderung
g) Förderung des Umweltschutzes
h) Förderung der rationellen Energienutzung, der erneuerbaren Energien und der Energiesparung
i) Förderung der Land-, Forst- und Fischerei¬
wirtschaft und des ländlichen Raumes
j) Förderung des Gesundheitswesens
k) Kunst und Kulturförderung einschließlich Baukultur
l) Förderung des Tourismus
m) International vereinbarte Förderprogramme
n) Internationale Zusammenarbeit

Die öffentlichen Fördermaßnahmen in den Förderbereichen gemäß Buchstaben a bis n sind bei der Beauftragung gemäß § 7 zu konkretisieren.

2. Beteiligung an Projekten im Gemeinschaftsinteresse, die von der Europäischen Investitionsbank oder ähnlichen europäischen Finanzierungsinsti-
tutionen mitfinanziert werden.


5. Treuhand- und Verwaltungsgeschäfte aus öffentlichen Mitteln.

(3) Die Investitionsbank Schleswig-Holstein unterstützt ferner das Land bei der Erfüllung sonstiger Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen; die Konkretisierung erfolgt im Einzelfall bei der Beauftragung gemäß § 7.

§ 6

Durchführung der Aufgaben


(2) Die Investitionsbank Schleswig-Holstein darf zur Durchführung ihrer Aufgaben mit Förderinstitu¬ten und sonstigen Trägern der öffentlichen Verwal¬tung kooperieren.

§ 7

Beauftragung der Investitionsbank Schleswig-Holstein

(1) Das Land überträgt die Durchführung der Aufgaben auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein durch öffentlich-rechtliche Verträge.

(2) Die Durchführung von Aufgaben für andere Träger der öffentlichen Verwaltung bedarf der Einwilligung des Landes.


§ 8

Weitergeltung von Bestimmungen

Alle für die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, geltenden landesrechtlichen Bestim¬mungen sind unmittelbar auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein anzuwenden, soweit nichts anderes bestimmt wird.

III.

Organe

§ 9

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

(1) Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.


(4) Der Vorstand und der Verwaltungsrat wenden den Corporate Governance Kodex des Landes Schleswig-Holstein (CGK-SH) in seiner jeweils gültigen Fassung an.

A. Vorstand

§ 10
Zusammensetzung des Vorstandes, Gesamtverantwortung

(1) Der Vorstand besteht aus bis zu drei, mindestens aber zwei Mitgliedern. Geeignete Beschäftigte der Investitionsbank Schleswig-Holstein können damit beauftragt werden, die Vorstandsmitglieder im Fall ihrer Verhinderung zu vertreten (Vorstandsvertreterin, Vorstandsvertreter).


(3) Der Verwaltungsrat kann ein Vorstandsmitglied zur Vorstandsvorsitzenden oder zum Vorstandsvize-Vorsitzenden sowie ein weiteres Vorstandsmitglied zur stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden oder zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellen.

(4) Die Mitglieder des Vorstandes sind gemeinsam befugt, Bevollmächtigte zu bestellen.


(6) Näheres regelt die Geschäftsführung für den Vorstand.

§ 11
Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand führt die Geschäfte der Investitionsbank Schleswig-Holstein in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, dieser Satzung sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung. Er vertritt die Investitionsbank Schleswig-Holstein gerichtlich und außergerichtlich und ist für die Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungsrates verantwortlich.

(2) Der Vorstand führt die allgemeine Dienstaufsicht über die Betriebsangehörigen der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Er schließt und kündigt die Anstellungsverträge. Der Vorstand ist Dienststellenleitung im Sinne des § 8 Abs. 5 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein.

(3) Der Vorstand ist oberste Dienstbehörde und Dienstvorgesetzter der Beamtinnen und Beamten. Er ernennt und entlässt die Beamtinnen und Beamten der Investitionsbank Schleswig-Holstein.


(6) Der Vorstand trägt dafür Sorge, dass der Verwaltungsrat mindestens einmal jährlich über die von der Internen Revision festgestellten schwerwiegenden sowie über die noch nicht behobenen wesentlichen Mängel unterrichtet wird.


§ 12
Beschlüsse des Vorstandes

(1) Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Nimmt ein Vorstandsmitglied bzw. dessen Vorstandsvertreterin oder Vorstandsvertreter an der Beschlussfassung nicht teil oder enthalten sich das Vorstandsmitglied bzw. dessen Vorstandsvertreterin oder Vorstandsvertreter der Stimme, so müssen alle übrigen Vorstandsmitglieder bzw. deren Vorstandsvertreterinnen oder Vorstandsvertreter zustimmen. Bestellt der Vorstand aus nur zwei Mitgliedern, so werden die Beschlüsse einstimmig gefasst.

(2) Mitglieder des Vorstandes und Vorstandsvertreterinnen oder Vorstandsvertreter dürfen an der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten nicht teilnehmen, deren Entscheidung ihnen selbst, ihren Ehegatten, ihren Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht
vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, oder wenn sie aus anderen Gründen befangen sind. Im Zweifel entscheidet der Vorstand unter Ausschluss der Beteiligten darüber, ob diese Voraussetzungen gegeben sind.

(3) Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.

§ 13
Vertretungs- und Zeichnungsbefugnis


(2) Bei Vornahme von Rechtsgeschäften und bei Rechtsstreitigkeiten zwischen der Investitionsbank Schleswig-Holstein und Vorstandsmitgliedern wird die Bank durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder deren oder dessen Stellvertreterin bzw. Stellvertreter vertreten.

(3) Die Zeichnungsberechtigung wird erforderlichenfalls durch den Vorstand bescheinigt, für die Mitglieder des Vorstandes durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder deren oder dessen Stellvertreterin bzw. Stellvertreter.

§ 14
Geschäftsordnung für den Vorstand

Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Verwaltungsrates bedarf.

B.
Verwaltungsrat

§ 15
Zusammensetzung des Verwaltungsrates


(4) Im Verhinderungsfall kann ein Mitglied des Verwaltungsrates eine Vertreterin oder einen Vertreter aus dem Kreis der Mitglieder des Verwaltungsrates benennen. Die Vertretung ist gegenüber dem Vorstand sowie der oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates vor der jeweiligen Sitzung schriftlich anzuzeigen.

(5) Scheidet ein Mitglied des Verwaltungsrates aus seiner Tätigkeit aus, die bestimmend für seine Bestellung in den Verwaltungsrat war, so erlischt gleichzeitig die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat.

(6) Bei vorzeitiger Ausscheiden eines bestellten Mitglieds aus dem Verwaltungsrat kann ein neues Mitglied für die restliche Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds bestellt werden.

§ 16
Aufgaben des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat beschließt über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Investitionsbank Schleswig-Holstein und überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes.

(2) Der Verwaltungsrat ist insbesondere zuständig für

1. die Einrichtung von Ausschüssen, deren Zusammensetzung und Aufgaben,
2. den Erlass und die Änderung der Satzung,
3. den Erlass und die Änderung einer Geschäftsordnung für sich und seine Ausschüsse gemäß § 19,
4. die Bestellung, Abberufung und Zuruheisung von Vorstandsmitgliedern; die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern schließt die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates,
5. die Bestellung eines Vorstandsmitglieds zur Vorstandsvorsitzenden oder zum Vorstandsvorsitzenden sowie eines weiteren Vorstandsmitglieds.
zur stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden oder zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden,
6. die Bestellung und Abberufung von Vorstands-
vertreterinnen und Vorstandsvertretern,
7. die Feststellung des Jahresabschlusses und die
Gewinnverwendung,
8. die Entlastung des Vorstandes,
9. die Genehmigung der Geschäftsordnung des
Vorstandes,
10. den Erlass und die Änderung einer Wahlord-
nung für die Wahl der von den Betriebsangehö-
rigen der Investitionsbank Schleswig-Holstein
vorzuschlagenden Vertreterinnen oder Vertreter
für den Verwaltungsrat,
11. den Erlass und die Änderung der Richtlinien für
die Zuständigkeit bei der Bewilligung von Kredi-
ten jeder Art (Zuständigkeitsrichtlinien) sowie
sonstiger Richtlinien,
12. die Zustimmung zu Krediten gemäß § 15 des
Gesetzes über das Kreditwesen (Organkredite),
13. die Beschlussfassung über die Anstellungs-
und Vergütungsgrundsätze für die Betriebsan-
gehörigen der Investitionsbank Schleswig-Hol-
stein und über Grundsätze für Sonderzahlun-
gen an Betriebsangehörige,
14. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
15. die Bestellung des Abschlussprüfers,
16. Eigenmittelmaßnahmen nach dem Gesetz über
das Kreditwesen, soweit sie nicht aufgrund an-
derer Regelungen dem Träger der Investitions-
bank Schleswig-Holstein obliegen,
17. die Beschlussfassung über die Eingehung von
Beteiligungen mit Ausnahme der Beteiligungen
gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2.

§ 17
Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates
(1) Der Verwaltungsrat wird von seiner oder seinem
Vorsitzenden in der Regel viermal, mindestens je-
doch zweimal im Jahr einberufen. Der Verwaltung-
rat ist einzuberufen, wenn drei Mitglieder des Ver-
waltungsrates oder der Vorstand es unter Angabe
des Verhandlungsgeschehens beantragen.
(2) Die Einladung hat schriftlich und unter Angabe
der Tagesordnung zu erfolgen. Sie soll so rechtzei-
tig abgesandt werden, dass sie den Mitgliedern des
Verwaltungsrates spätestens zwei Wochen vor der
Sitzung zugegangen ist. In dringenden Fällen kann
die Frist abgekürzt und per Telefax oder per E-Mail
ingelangen werden.
(3) Der Vorstand nimmt an den Sitzungen des Ver-
waltungsrates teil. Dies gilt nicht, wenn der Verwal-
tungsrat über die Berufung, Abberufung oder Zurru-
hesetzung eines Vorstandsmitglieds berät. Die
Gleichstellungsbeauftragte nimmt an den Sitzun-
gen des Verwaltungsrates mit beratender Stimme
und ohne Stimmrecht teil.
(4) Vertreterinnen oder Vertreter der Aufsichtsbehörde
gemäß § 17 des Investitionsbankgesetzes können an
den Sitzungen des Verwaltungsrates teilnehmen.
Sachverständige Personen und Auskunftspersonen
cönnen zur Beratung hinzugezogen werden.
(5) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die
oder der Vorsitzende oder eine ihrer oder seiner
Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter sowie min-
destens sechs weitere stimmberechtigte Mitglieder
anwesend sind. Für den Ausschluss der Mitglieder
des Verwaltungsrates von der Beratung und Be-
schlussfassung gilt § 12 Abs. 2 entsprechend.
(6) Ist der Verwaltungsrat nicht beschlussfähig, so
cann binnen zwei Wochen zur Erledigung der glei-
chen Tagesordnung eine neue Sitzung einberufen
werden. Der Verwaltungsrat ist in dieser Sitzung
ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mit-
glieder beschlussfähig. Auf diese Folge ist bei der
Einberufung der zweiten Sitzung hinzuweisen.
(7) Beschlussfassungen des Verwaltungsrates be-
dürfen der Mehrheit der Stimmen der anwesenden
stimmberechtigten Mitglieder unter Berücksichti-
gung von Vertretungen gemäß § 15 Abs. 4. Stim-
menthaltungen werden bei der Ermittlung des Stim-
menverhältnisses nicht mitgezählt. Bei Stimm-
 mengleichheit entscheidet die Stimme der oder des
Vorsitzenden oder, soweit diese oder dieser verhin-
dert ist, die Stimme ihrer oder seiner Stellvertreterin
bzw. ihres oder seines Stellvertreters. Auf Antrag
eines Mitglieds ist geheim abzustimmen.
(8) Über jede Sitzung des Verwaltungsrates ist eine
Niederschrift zu fertigen, die die Namen der Sitz-
zungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer, die
Verhandlungsgeschehnisse und das jeweilige Berat-
gungsergebnis enthält. Die Niederschrift ist von der
oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates oder
einer ihrer oder seines Stellvertreterinnen bzw. Stell-
vertreter zu unterzeichnen. Sie ist allen Verwal-
tungsratsmitgliedern und dem Vorstand unverzüg-
lich bekannt zu geben.

§ 18
Geschäftsordnung des Verwaltungsrates
Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

IV.
Ausschüsse

§ 19
Ausschüsse

(1) Bei Bedarf, insbesondere zur Erfüllung bankauf-
sichtsrechtlicher Vorgaben, kann der Verwaltungsrat
aus dem Kreis seiner Mitglieder Ausschüsse bil-
den, die ihm bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben
beraten und unterstützen.
(2) Die Einzelheiten zu Zuständigkeiten, Zusammensetzung und Beschlussfassung der Ausschüsse werden in vom Verwaltungsrat zu erlassenden Geschäftsordnungen geregelt.

(3) Sachverständige Personen und Auskunftspersonen können von den Ausschüssen zur Beratung hinzugezogen werden.

(4) Verwaltungsratsmitglieder, die einem Ausschuss nicht angehören, können als Gäste ohne Stimmrecht an den Ausschussitzungen teilnehmen.


V. Rechnungslegung
§ 20
Geschäftsjahr, Geschäftsbericht, Jahresabschluss

(1) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.


(3) Der festgestellte Jahresabschluss ist, mit Ausnahme der gesonderten Aufstellung gemäß Absatz 2 Satz 3, zu veröffentlichen.

VI. Schlussbestimmungen
§ 21
Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Investitionsbank Schleswig-Holstein erfolgen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften im Bundesanzeiger, im Übrigen im Amtsblatt für Schleswig-Holstein.

§ 22
Inkrafttreten

Kiel, 1. März 2016

Investitionsbank Schleswig-Holstein
Vorsitzender des Verwaltungsrates
gez. Dr. Philipp Nimmermann
Amtsbl. Schl.-H. 2016 S. 285